

**156. Beilage im Jahr 2023 zu den Sitzungsunterlagen
des XXXI. Vorarlberger Landtages**

Selbstständiger Antrag der NEOS Vorarlberg

Beilage 156/2023

An das
Präsidium des Vorarlberger Landtages
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, am 30.10.2023

Betreff: Schluss mit Klimaschädigung auf Steuerkosten! Endlich das Aus für klimaschädliche Subventionen auf den Weg bringen.

Sehr geehrter Herr Präsident,

die österreichische Umweltpolitik hat viel zu lange verabsäumt, auf ökologische Warnzeichen zu achten und durch die mangelnde Folgeabschätzung im Bereich des Umweltschutzes einen Förderdschungel entstehen lassen, der mehr schadet denn hilft. Eine wirkungsvolle Bekämpfung des Klimawandels erfordert jedoch ein konsequentes Umdenken in Sachen Nachhaltigkeit und Förderung. Im Bund spricht man von einer grundlegenden Transformation des Wirtschafts- und Energiesystems, die es inzwischen brauche, um der Klimakrise wirklich entgegensteuern zu können^[1]. Eine sehr späte Einsicht angesichts dessen, dass Österreich laut Umweltbundesamt die EU-Klimazieltvorgaben bis 2030 nicht erreichen wird. Auch, weil der Anteil erneuerbarer Energieträger nicht die von der EU vorgegebenen 60%, sondern nur 52,6% erreichen wird^[2]. Offenkundig liegt jenseits der ökonomischen und ökologischen Logik eine Welt, in der Fehlanreize gefördert statt reduziert werden.

Dementsprechend wenig überraschend hat eine Analyse der „klimakontraproduktiven Subventionen in Österreich“ ergeben, dass zwar viel Geld in Subventionen fließt, diese aber Energieverbrauch und Emissionen eher steigern, sozial nicht treffsicher sind und ohne Effizienz-Auflagen verteilt werden^[3]. Das Gießkannen-Prinzip trifft auf fehlende Kontrolle und schadet damit mehr als es hilft. Abschließend heißt es: Der Abbau umwelt- und klimakontraproduktiver Subventionen wird zwar seit langem auf der politischen Bühne diskutiert, gezielte Reformbestrebungen sind jedoch nicht feststellbar^[4].

Vergegenwärtigt man sich, dass Österreich in den letzten Jahren zwischen 4,1 und 5,7 Milliarden Euro pro Jahr^[5] an klimakontraproduktiven Förderungen ausgegeben hat, stellt sich die Frage, wo geht dieses Geld hin und was bewirkt es dort? Das Wirtschaftsforschungsinstitut hat zum Beispiel berechnet, dass Österreich alleine zur Abfederung der Teuerungs-/Energiekrise die klimaschädliche/fossile Energie mit 14 Milliarden

Euro am Leben erhält[6]. Eine absurde Summe, wenn man sich vor Augen führt, dass gerade die Abhängigkeit von nicht-nachhaltigen Energieformen diese Krise mit ausgelöst hat. Auf diese Art und Weise ist es quasi unmöglich, dass Österreich seine eigenen oder die EU-Klimaziele erreichen wird.

Klimaministerin Leonore Gewessler hat nun anlässlich des Scheiterns bei der Einigung auf einen Nationalen Energie- und Klimaplan, als Gegenmaßnahme dazu aufgefordert, Ideenvorschläge zur Zielerreichung einzubringen[7]. Hier steht die Vorarlberger Landesregierung in der Pflicht. Es ist ihre Aufgabe aufzuzeigen, wo Optimierungspotenzial bei den gesetzten Klimaschutzmaßnahmen besteht. In einer Zeit populistischer Strömungen, die häufig auf fehlerhaften Informationen basieren, braucht politisches Handeln mehr denn je eine Faktenbasis. Analog zur Systemanalyse für Österreich braucht es damit eine valide Analyse des Subventionssystems klimakontraproduktiver Maßnahmen. Zeitgleich kann die Vorarlberger Landesregierung ihr Transparenzversprechen[8] an die Bevölkerung einlösen und den eigenen Forderungen seitens Landesrat Daniel Zadra hinsichtlich der „Schaffung von Kostenwahrheit im Energiesystem“[9] nachkommen. Mittels der Datenlage kann die Landesregierung im eigenen Einflussbereich gezielt Maßnahmen setzen, klimaschädliche Förderungen und Anreizsysteme abzubauen und dort, wo der Bund zuständig ist, entsprechend dem Aufruf der Klimaministerin, Empfehlungen an das Umweltministerium weitergeben.

1. https://www.bmk.gv.at/themen/klima_umwelt/klimaschutz/nat_klimapolitik/kontraproduktiv.html
2. <https://orf.at/stories/3322659/#15473,2196440,1688471595>
3. <https://www.derstandard.at/story/2000143727097/oesterreich-steckt-mehr-als-14-5-milliarden-euro-in-klimaschaedliche>
4. https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=69687&mime_type=application/pdf
5. https://www.bmk.gv.at/themen/klima_umwelt/klimaschutz/nat_klimapolitik/kontraproduktiv.html
6. https://www.meinbezirk.at/c-politik/14-milliarden-euro-fuer-klimaschaedliche-foerderungen_a5895034
7. <https://www.vn.at/politik/2023/07/04/regierung-praesentiert-klimaplan-mit-klaffenden-luecken.vn>
8. <https://vorarlberg.at/transparenz>
9. <https://www.vol.at/regierung-praesentiert-klimaplan-mit-klaffenden-luecken/8170795>

Vor diesem Hintergrund stellen wir hiermit gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages folgenden

ANTRAG

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„Die Vorarlberger Landesregierung wird aufgefordert

- 1. eine Analyse des Fördersystems zur Identifikation klimakontraproduktiver Subventionen in Vorarlberg durchzuführen,**
- 2. daran anschließend in den Sektoren mit Landeszuständigkeit, Gegenmaßnahmen zu entwerfen und umzusetzen, um klimaschädliche Förderungen und Anreizsysteme abzubauen, und**
- 3. sich in den Sektoren mit Bundeszuständigkeit, bei der Bundesregierung für den Abbau klimaschädlicher Förderungen einzusetzen.“**

LAbg. KO Johannes Gasser, MSc Bakk. BA

LAbg. Garry Thür, lic.oec.HSG

LAbg. Fabienne Lackner

Der XXXI. Vorarlberger Landtag hat in seiner 9. Sitzung im Jahr 2023, am 14. Dezember, den Selbstständigen Antrag, Beilage 156/2023, mit den Stimmen der VP-, SPÖ- und NEOS-Fraktion sowie der Fraktion Die Grünen mehrheitlich angenommen (dagegen: FPÖ).